

Der SBK ist der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner und vertritt als grösster Verband im schweizerischen Gesundheitswesen insgesamt 26'000 Mitglieder. Die Interessen der Pflegenden an politischen Entscheidungsprozessen werden kantonal durch 12 regionale Sektionen vertreten. Diese geographische Nähe ermöglicht es, auf lokale Probleme einzugehen und bei Bedarf rasch vor Ort zu sein. Der SBK Bern gehört mit seinen 5'400 Mitgliedern zu den grössten Sektionen.

Medienmitteilung

Angebots- und Strukturüberprüfung des Kantons Bern (ASP 2014)

Bern, 28. Juni 2013 – Die Regierung des Kantons Bern will in einem ersten Schritt für das Jahr 2014 231 Mio. Franken einsparen, davon soll allein das Gesundheitswesen über 40% tragen. Es trifft massgeblich Psychiatrie-, Spitex- und Langzeitversorgung. Die Regierung nimmt dabei bewusst Qualitätseinbussen in Kauf. Der SBK Bern wird mit allen Mitteln versuchen, die Umsetzung zu verhindern.

Bereits im Jahre 2012 musste das Gesundheitswesen beinahe die Hälfte der 280 Mio. einzusparenden Franken des damaligen kantonalen Entlastungspaketes tragen. Hinzu kommt die seit der Einführung der Fallkostenpauschalen (SwissDRG) jährlich sinkende Baserate. Das Pflegepersonal warnt schon lange vor den Auswirkungen des steigenden Kostendruckes und diese Befürchtungen sind zum Teil bittere Realität: Die Zeit für eine angemessene Behandlung fehlt oft und die Patientinnen und Patienten müssen das Spital so schnell wie möglich verlassen. Die Pflegequalität ist gefährdet und auf Seiten des Personals haben sich die Arbeitsbedingungen, Personaldotation, Löhne und Weiterbildung verschlechtert. Die Versorgung unserer Bevölkerung ist schon lange gefährdet!

Nun soll bereits 2 Jahre später im Rahmen der ASP 2014 erneut massiv gespart werden. Betroffen sind alle Pflegebereiche Akut, Langzeit und Spitex. Der SBK Bern ist äusserst beunruhigt, denn die massiven Kürzungen werden den ohnehin schon bestehenden Personalmangel verschärfen. Doch auch die Patientinnen und Patienten sowie die Bevölkerung bleiben nicht verschont: Die Sparmassnahmen treffen vorwiegend die Schwachen der Gesellschaft.

Die vorliegenden Sparmassnahmen stehen, wie bereits das Entlastungspaket von 2012, in krassem Widerspruch zur Versorgungsplanung 2011 – 2014: Die vorgesehene integrierte Versorgung (ambulant vor stationär) und explizite Personalplanung ist mit einer mangelhaften Versorgungsqualität und ungenügend qualifiziertem Personal nicht möglich! Für eine gute Pflege und Betreuung braucht es genügend und motiviertes Personal.

Gerade erst, am 16. März 2013, haben auf dem Bundesplatz 20'000 Menschen an der Kundgebung „Stopp Abbau – Perspektiven für den Kanton Bern“ gegen den Leistungsabbau im Kanton Bern protestiert und angemessene Anstellungsbedingungen gefordert. Doch anscheinend war dieses Signal zu wenig deutlich, denn es soll weiter abgebaut werden.

Dabei müsste genau das Gegenteil der Fall sein, wie auch die am 13. März 2013 vorgestellten Ergebnisse der Lohnstudie des SBK Bern bestätigen: Die Pflegefachleute im Kanton Bern müssen in der Gehaltsordnung des Kantons Bern um eine bis zwei Lohnklassen höher eingereiht werden. Die Attraktivität der Pflegeberufe muss gesteigert werden, nur so kann dem Pflegenotstand im Kanton Bern entgegengewirkt werden.

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) hat an der Medienkonferenz vom 27. Mai 2013 mitgeteilt, dass der Kanton Bern jede Pflege- und Betreuungsfachperson braucht und verhindern will, dass bei Umstrukturierungen oder Standortkonzentrationen in Spitalzentren gut ausgebildete Pflegefachleute dem Gesundheitswesen verloren gehen. Der SBK Bern weist seit langem darauf hin, dass das Personal in allen Bereichen (Akut, Langzeit, Spitex und Freiberufliche) am Anschlag ist. Die anfallende Arbeit wird auf immer weniger Personal verteilt. Erneute Sparmassnahmen würden diese Situation massiv verschärfen.

Der SBK Bern fordert die Politikerinnen und Politiker deshalb auf, ihre sozialpolitische Verantwortung ernst zu nehmen.

Für weitere Auskünfte:

Tamara Bütikofer, Leiterin Sozialpartnerpolitik SBK Bern, 078 645 12 09